

Menge verlief sich langsam ohne Zwischenfälle. In einer improvisierten Ansprache berief sich auch der Redner am Grabmal des Unbekannten Soldaten auf den Papst. Der ruhige Verlauf dieser Veranstaltung deutet darauf hin, daß die Lage in Polen zwar wegen der wirtschaftlichen Lage schwierig, aber

wohl nicht explosiv ist. Außerdem scheinen beide Seiten Zuspitzungen vermeiden zu wollen. Ein anderes Kapitel ist die Frage, wieweit die „sozialistischen“ *Nachbarn Polens* auf die Dauer eine so selbstbewußte und einflußreiche Kirche in Polen hinnehmen.

R. M.

Puebla erweckt nicht nur Hoffnung

Die ursprünglich für den 12. bis 28. Oktober geplante dritte Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe (vgl. auch ds. Heft, S. 607), nach dem plötzlichen Tod *Johannes Pauls I.* auf einen zunächst unbestimmten Zeitpunkt verschoben, wird vom 27. Januar bis 12. Februar 1979 in Puebla/Mexiko stattfinden. Von Paul VI. einberufen, der 1968 die zweite Generalversammlung in Medellín/Kolumbien persönlich eröffnet hatte, und von seinem Nachfolger bestätigt, mußte die Konferenz von Puebla von Papst *Johannes Paul II.* erneut zusammengerufen werden. Die Bischofsversammlung von Puebla ist vom Generalsekretariat des Lateinamerikanischen Bischofsrats CELAM organisatorisch wie inhaltlich gründlich vorbereitet worden (vgl. HK, Mai 1978, S. 219ff.).

„Ubi Lenin...“

Im Spätsommer lag allen lateinamerikanischen Bischofskonferenzen das *endgültige Arbeitspapier* („Documento de Trabajo“) für Puebla vor, das deren Beiträge und Änderungswünsche, die ihrerseits nach der Erörterung auf diözesaner und Gemeindeebene entstanden, berücksichtigt. Anders als das vielerorts wegen seines akademisierenden Stils und inhaltlicher Mängel kritisierten Vorbereitungspapiere („Documento de Consulta“) hat das neue Dokument bisher nur eine sehr restriktive Verbreitung gefunden. Offenbar will CELAM die erneute öffentliche Diskussion und etwaige Polemik um den Trend des Dokuments und somit um den Konferenzverlauf vermeiden. Tatsächlich zeichneten sich in den Monaten vor

dem angesetzten Konferenztermin *Richtungskämpfe* ab, unüberhörbar unter kirchlichen Gruppen konservativer, fortschrittlicher und progressistischer Prägung, weniger lautstark in den Reihen des lateinamerikanischen Episkopats selbst.

Auch die für lateinamerikanische Belange zuständige päpstliche Kommission CAL unter Leitung von Kurienkardinal *Sebastiano Baggio* machte in ständigem Kontakt mit CELAM-Generalsekretär *López Trujillo* ihren Einfluß geltend. Kirchliche Persönlichkeiten in Lateinamerika und in Europa interpretierten eine der wenigen programmatischen Äußerungen, zu denen dem Luciani-Papst Zeit blieb, als grundsätzliche Ablehnung der „Theologie der Befreiung“. Die wenigen unter den Bischöfen Lateinamerikas, die eine totale Revision der Beschlüsse von Medellín und dem *Pastoralkonzept der integralen Befreiung des Menschen* wünschen, oder die zahlreicheren, die nach den Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre das Risiko ideologischer Verstrickung höher einschätzen als die Chance dieser Konzeption, glaubten Rom auf ihrer Seite, als Papst Johannes Paul I. in der Generalaudienz vom 20. September darauf verwies, es sei irrig zu meinen, daß politische, wirtschaftliche und soziale Befreiung mit der Erlösung in Jesus Christus gleichzusetzen sei, daß „ubi Lenin, ibi Jerusalem“. Inwieweit der damalige Papst dies als Absage an manche oder gar alle lateinamerikanischen Strömungen der Theologie der Befreiung verstanden wissen wollte, ist strittig. In Lateinamerika wurde Johannes Paul I. jedenfalls in diesem Sinne verstanden. So schreibt CELAM-Generalsekretär López im Sep-

temberheft des offiziellen CELAM-Bulletins über diesen Papst: „... Er lehnt auch Pluralismen mit einem gewissen Befreiungsverständnis ab... Er weist darauf hin, daß Befreiung im Alten Testament stets von Gott als Ausgang des Heils kommt und im Bund des Volkes mit Gott besteht. Im Neuen Testament ist vor allem die geistliche und universale Befreiung gemeint...“ und zitiert dann die Aussage aus der Audienz vom 20. September.

Noch eindeutiger formulierte aus europäischer Sicht der Erzbischof von München und Freising, Kardinal *Joseph Ratzinger*, während des Requiems für Johannes Paul I. am 6. Oktober: „Ich habe in Lateinamerika selbst erlebt, mit welcher befreitem Dank man seine Worte zur Befreiungstheologie aufgenommen hat, die ja keine Theologie ist, weil sie nicht auf Gott, sondern auf den Klassenkampf setzt, und keine Freiheit will, sondern die Diktatur der Partei“ (Ordinariats-Korrespondenz 03-26/78). Offenbar unter dem Eindruck seiner Gesprächspartner in Quito/Ecuador, wo er als Legat des Papstes am Marianischen Nationalkongreß teilgenommen hatte, sprach der Kardinal vor der Presse von einem „sehr massiven Druck marxistischer Gruppierungen unter dem Etikett der Befreiungstheologie“. Maßgebende Köpfe dieser Bewegung hätten mit großem finanziellem Aufwand schon eine starke ideologische Pression eingeleitet. Als besonderes Merkmal der Beziehung seines Erzbistums zum Patenland Ecuador hob Ratzinger hervor, „daß sie bewußt jedes ideologischen Charakters entbehrt, auch nicht den Anspruch erhebt... das Land entwickeln zu wollen“ (OK, 12. 10. 78).

Unternehmer: CELAM progressistisch unterwandert

Am Ort des Bischofstreffens, in der mexikanischen Provinzhauptstadt Puebla, machte sich in den vergangenen sechs Monaten *Unruhe bei der Unternehmerschaft* bemerkbar, die einseitige ideologische Festlegungen der

Kirchenkonferenz fürchtet. Nach Aussagen kirchlicher Vertreter in Mexiko hat der Druck von dieser Seite inzwischen massivere Ausmaße angenommen als die vielfach befürchteten Pressionen linker Gruppierungen. Der Vorsitzende des Unternehmerverbandes im mexikanischen Bundesstaat Puebla, *Eduardo García Suárez*, erklärte öffentlich: „Die Unternehmer des Landes sind sehr besorgt über die Art und Weise, wie einige Kleriker das Bischofstreffen von Medellín für politische Zwecke ausgeschlachtet haben, die in engem Zusammenhang mit der Guerrilla, den Revolutionen in Lateinamerika und den Angriffen auf Privateigentum und freies Unternehmertum stehen. Wir wollen nicht, daß sich solches in Puebla wiederholt“ (Vida Nueva, 30. 9. 78).

Der Unternehmerpräsident berief ein „Lateinamerikanisches Unternehmer-Forum“ ein, das mit Hilfe „westlicher Wirtschaftsexperten ein Dokument über ökonomische Ideologie für die Bischöfe“ verfassen soll. Als Zweifel an der Repräsentativität seiner Unternehmungen laut wurden, verabschiedeten zwölf Unternehmervereinigungen eine Erklärung, in der von dem „Naturrecht auf gerecht erworbenes Vermögen“ die Rede ist, das es vor „Sozialisten, Marxisten und deren Weggenossen“ zu verteidigen gelte. In dieser Erklärung wird der Lateinamerikanische Bischofsrat als progressistisch unterwandert und die Verfasser des ansonsten als konservativ integritistisch kritisierten CELAM-Vorbereitungspapiers für Puebla als „Propheeten des Sozialismus“ bezeichnet (id.).

Die *mexikanischen Parteien* nahmen je nach Couleur zu den Unternehmer-Erklärungen Stellung, die Presse berichtete ausführlich darüber, die Kirchenleitung versuchte zu beschwichtigen. Der Erzbischof-Primas von Mexiko, *Ernesto Corripio*, sagte öffentlich, die Konferenz der Bischöfe werde nicht auf den Sozialismus zusteuern, sie werde aber auch nicht den Kapitalismus rechtfertigen. Zu dem „Lateinamerikanischen Unternehmer-Forum“ erklärte der Erzbischof von Ciudad Juárez, *Manuel Talamás*:

„Diese Privatinitiative wird zunächst darlegen müssen, warum das gegenwärtige sozio-ökonomische System die soziale Marginalisierung noch verstärkt, während die Reichtümer in die Taschen weniger fließen ... Sie werden uns Bischöfen sagen müssen, wann und wie sie das Elend von Millionen Menschen beseitigen wollen, die das gegenwärtige System hervorgerufen hat“ (Vida Nueva id.).

Politische Konsequenzen

Aus der Masse der Armen Lateinamerikas formulierten Ende Juli Vertreter von 128 *brasilianischen Basisgemeinschaften* ihre Erwartungen an die Bischofsversammlung von Puebla. In dem Schreiben heißt es: „Wir danken Ihnen sehr für die Schritte, die wir seit Medellín mit Ihrer Hilfe tun konnten. Die Liebe, die Sie uns in Medellín gezeigt haben, ist auf fruchtbaren Boden gefallen ... Wir beten dafür, daß Gott Ihnen mehr Kraft, mehr Mut, mehr Hoffnung und mehr Gewißheit einer vollständigen Befreiung schenke, damit nicht mehr die einen lachen und die anderen weinen, die einen dick und die anderen abgemagert sind, die einen über große Vorräte verfügen und die andern verhungern, weil sie kein Stück Land, kein Einkommen haben, krank sind, an den Rand gedrückt werden und als wertlos gelten und die doch Gottes bevorzugte Kinder sind“ (DIAL, 21. 9. 78). Im Rahmen ihres Engagements in der Welt fordern die Basisgemeinschaften in ihrem in João Pessoa verabschiedeten Aktionsprogramm unter anderem, „daß das Land unter uns Landarbeitern und Indios aufgeteilt wird, die wir von seinen Erträgen leben, damit wir auf der Erde leben und nicht wie Vieh vertrieben werden können. In der Stadt fordern wir als Arbeiter die Beteiligung an den Produktionsmitteln.“ Innerkirchlich wollen die Basisgemeinschaften größeres Mitspracherecht der Gläubigen und eine Liturgie, „die unserem Leben und unserer Kultur entspricht“ (DIAL, 28. 9. 78).

Wie weit die lateinamerikanischen Bischöfe den thematischen Bogen über

kirchliche Fragen hinaus spannen wollen, geht aus Äußerungen des CELAM-Präsidenten, Kardinal *Aloisio Lorscheider*, hervor. So sei man bei einer Tagung des CELAM-Ausschusses im August übereingekommen, neben der Frage der *Ideologie der Nationalen Sicherheit* auch die Frage nach der Autorität und Legitimität einer Regierung zu behandeln. „Es gilt also – im Zusammenhang mit dem vierten Gebot – zu fragen: Wann ist eine Regierung legitim und als solche zu respektieren, wann ist sie nicht mehr legitim? Das Problem ist sehr schwerwiegend, denn es bedeutet: Sind die Regierungen, die da sind, legitim?“ (Orientierung, 15. 9. 78) In diesen Zusammenhang ist denn auch eine Äußerung des Erzbischofs von Mexico City, Corripio, zu stellen, in Puebla gehe es nicht darum, Regierungen zu stürzen (KNA, 5. 10. 78).

Verbessertes Basisdokument

Das den Bischöfen in Puebla vorliegende Basisdokument unterscheidet sich in einigen Punkten wesentlich von dem ersten CELAM-Entwurf. So verzichtet der *historische Teil* auf eine bloße Aufzählung von Fakten zugunsten einer objektiveren Wertung der Kirchengeschichte des Kolonialzeitalters. Der *doktrinale Teil* erscheint stark gekürzt; ein Drittel des Dokuments enthält Ausführungen der Bischofskonferenzen zu Stichworten wie „Ortskirche“, „Volksfrömmigkeit“, „Arme und Armut“, „Martyrium“, „Theologie der Befreiung“, „Theologische Kritik der marxistischen Analyse“ usw. Die stark abgrenzenden Aussagen im ersten Papier über „Befreiung in Christus und weltliche Befreiung“ fehlen in dem neuen Dokument ganz; an ihre Stelle ist ein Kapitel „Befreiende Evangelisierung“ getreten. Hier ist offensichtlich die Substanz des brasilianischen Beitrags eingeflossen, der die Pastoral der befreienden Evangelisierung in doppelter Richtung als Befreiung von und Befreiung zu („*liberación de – liberación para*“) versteht. Deutlicher hervorgehoben wird in dem neuen Dokument

der Begriff der *Communio*. Ein Kapitel „Neues, das der Geist in dieser Kirche schafft“ nennt die Begriffe „Umkehr“ (zur Armut und zum Leben ohne Privilegien im Stil des Evangeliums), „Gemeinschaft“ (Öffnung zu den „Armen und Niedrigen“, Mitverantwortung des ganzen Gottesvolkes), „Dienst“ (an den Völkern Lateinamerikas – für die Gerechtigkeit) und „Prophetie“ (besonderer Auftrag der

Kirche angesichts der „Qualen, die unser Kontinent zu Unrecht erleidet“).

Neben dem Arbeitsdokument werden den Bischöfen in Puebla noch zwei *Handbücher* vorliegen, von denen Kardinal Lorscheider sagte, sie seien im Grunde viel wichtiger, lebendiger, konkreter und dezidiert als das ‚synthetische‘ Arbeitsdokument: eine Zusammenstellung aller Beiträge der na-

tionalen Bischofskonferenzen und der Erfahrungsbericht der lateinamerikanischen Ordensleute – sie stellen 80% der Träger der Evangelisierung in Lateinamerika –, deren Präsenz in Puebla (Führungsgremium der lateinamerikanischen Ordensvereinigung CLAR und 16 weitere Ordensleute) vom Vatikan erst nach mehrfachem Einspruch von 5 auf 21 Delegierte heraufgesetzt wurde.

G. B.

Politische und gesellschaftliche Entwicklungen

Das Atom-„Nein“ in Österreich

Die Kirche plädiert für neuen Lebensstil

Euphorie bei den Atomgegnern, Katzenjammer in der Wirtschaft und bei Gewerkschaftsfunktionären prägen die Stimmung in Österreich nach dem überraschenden Ausgang der Atom-Volksabstimmung am 5. November, die mit einem ganz knappen Sieg der Gegner des Atomkraftwerkes Zwentendorf endete. Bei nahezu fünf Millionen Wahlberechtigten und einer Wahlbeteiligung von 64 Prozent gaben nicht ganz 30000 „Nein“-Stimmen den Ausschlag: Die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf bei Wien wurde mit der hauchdünnen Mehrheit von 50,47 Prozent der gültigen Stimmen abgelehnt. Die Sozialistische Partei, die seit 1970 die Alleinregierung in Österreich stellt, und deren Vorsitzender *Bruno Kreisky* sein ganzes Prestige aufgeboten hatte, um das zunächst ziemlich sicher erscheinende „Ja“ zu Zwentendorf zu garantieren, hat unter dem Eindruck der unerwarteten Niederlage das Steuer jäh herumgeworfen: Die SPÖ lud die beiden anderen im Parlament vertretenen Parteien ein, dem Volksentscheid zu entsprechen und *gemeinsam ein Gesetz zu verabschieden, das Atomkraftwerke in Österreich grundsätzlich verbietet*. Eine Änderung dieser gesetzlichen Bestimmung soll nur nach dem Votum einer neuerlichen Volksabstimmung möglich sein. Sowohl die Volkspartei (ÖVP) als auch die Freiheitlichen (FPÖ) erklärten sich bereits prinzipiell bereit, einem derartigen Gesetzentwurf zuzustimmen. Was mit dem Atomkraftwerk Zwentendorf, der „teuersten Ruine Europas“, geschehen soll, ist nach wie vor ungeklärt. Vorschläge, das betriebsfertige Gebäude, das mit einer Bausumme von insgesamt 8 Milliarden Schilling (1,2 Milliarden DM) fertiggestellt wurde, nunmehr abzureißen, einzumotten oder

zu einem kalorischen Kraftwerk umzugestalten, werden noch geprüft.

Der vorläufige Schlußpunkt einer heftigen Auseinandersetzung

Der Paukenschlag des „Nein“ bei der Atomabstimmung war der vorläufige Schlußpunkt der heftigen österreichischen Auseinandersetzung um die friedliche Nutzung der Atomenergie, die immer mehr *von den taktischen Ränken der politischen Parteien überlagert* worden ist. Der Beschluß, das erste österreichische Atomkraftwerk in Zwentendorf (Niederösterreich) zu bauen, geht noch auf einen Beschluß der ÖVP-Alleinregierung zurück, der Ende der sechziger Jahre gefaßt wurde. ÖVP und SPÖ waren damals einhellig für diesen Bau. Erst später, unter dem Eindruck der widersprüchlichen internationalen Diskussion über die Atomkraft, änderte sich dieses Bild.

Vor allem nach der spektakulären Atom-Niederlage des schwedischen Ministerpräsidenten *Palme* wurde Bundeskanzler Kreisky immer zurückhaltender: Er lehnte es ab, die *Bundesregierung* mit dem Beschluß über die Inbetriebnahme von Zwentendorf zu befassen, obwohl dies laut Verfassung und Gesetz völlig ausgereicht hätte. Kreisky bemühte sich, die Entscheidung in das *Parlament* zu verlagern, um auch die beiden anderen Parteien mit einzubinden, obwohl die absolute Mehrheit der SPÖ bei weitem ausgereicht hätte, um den gar nicht erforderlichen Beschluß des Nationalrates zu fassen. Als sich die beiden Oppositionsparteien dagegen sträubten, in die Verant-